Aktuelle Herausforderungen der (Ab-)Wasserwirtschaft

Wasserressourcen schützen heißt Klima schützen

Der Klimawandel stellt auch die deutsche Wasserwirtschaft vor neue Herausforderungen. Die Branche hat extreme Wetterereignisse bislang sehr gut gemeistert. Damit dies so bleibt, müssen bestimmte Weichen richtig gestellt werden.

> Martin Weyand

Grundsätzlich ist die Wasserwirtschaft in Deutschland gut gerüstet für den Klimawandel. Auch während der immer häufiger auftretenden und länger andauernden Hitzewellen und der damit verbundenen Dürre besteht kein Wassermangel. Die Trinkwasserversorgung ist gesichert.

Wasserdargebot: Regionale Unterschiede

Dieses Wasserdargebot – also die Menge des potenziell verfügbaren Grund- und Oberflächenwassers – ist jedoch ungleichmäßig verteilt. Das kompensieren seit Jahrzehnten unter anderem Fernwasserversorgungen zum Beispiel in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Thüringen. Es gibt Regionen in Deutschland, wie die nordostdeutschen Bundesländer, in denen seit zirka zehn Jahren die Niederschläge zurückgehen. Damit sinken die Grundwasserstände und die Pegelstände der Talsperren, etwa in Niedersachsen. Diese Entwicklung schreitet fort. Seit 2018 ist es bei kleinen Wasserversorgungsunternehmen vereinzelt zu einem Versiegen von Quellen gekommen.

Verschiedene Klimaprognosen sagen für die kommenden Jahrzehnte unterschiedlich starke Rückgänge der Wasserverfügbarkeit in fast allen Teilen Deutschlands vorher. Vor Ort ist daher zu prüfen, ob zum Beispiel die wasserwirtschaftliche Infrastruktur ausgebaut werden muss. Dabei kann es um den Ausbau der örtlichen Netzinfrastruktur gehen, um die Anbindung an regionale oder überregionale Verbundsysteme oder den Ausbau der örtlichen Wassergewinnung und Aufbereitung. Hier sind Bund und Länder gefordert, solche Anpassungsmaßnahmen in den Kommunen finanziell zu unterstützen. Die Trockenheit der letzten Jahre als Folge des Klimawandels erfordert Investitionen und Anpassungsmaßnahmen in der Wasserwirtschaft und bei den NutzerInnen von Wasserressourcen.

Gewässerschutz: Im Klimawandel wichtiger denn je

Die Wasserwirtschaft ist von den Folgen des Klimawandels nicht nur betroffen, sie kann diesen auch entgegenwirken. Intakte Ökosysteme speichern Kohlenstoff, bieten Lebensräume und sind die Grundlage für Artenvielfalt.

Gerade mit Blick auf Hitzeperioden und dem damit einhergehenden erhöhten Wasserbedarf wird es immer wichtiger, die Grundwasserqualität zu sichern. Jede Verschmutzung bedeutet, dass uns weniger Grundwasser zur Verfügung steht. Dementsprechend hoch ist der Stellenwert, den der Gewässerschutz genießen sollte.

EU-Nitratrichtlinie: Jetzt in nationales Recht umsetzen!

Einträge von Spurenstoffen wie Nitrat gilt es bereits an der Quelle zu minimieren. Wegen des Gülleeinsatzes in der Landwirtschaft musste man zu oft alte Brunnen aufgeben und neue bohren. Das werden wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können. Die Bundesregierung muss nach über 25 Jahren endlich die EU-Nitratrichtlinie vollständig in nationales Recht umsetzen und die jetzt vorliegende Düngeverordnung neu justieren – sie wird in ihrer jetzigen Fassung einen nachhaltigen Gewässerschutz nicht gewährleisten.

Arzneimittelrückstände: An der Quelle ansetzen

Auch Arzneimittelrückstände belasten zunehmend unsere Gewässer. Hier muss die Politik ebenfalls dringend gegensteuern. Ziel sollte dabei sein, Verschmutzungen zu vermeiden. Das ist deutlich günstiger, als Einträge kostenintensiv im Nachhinein zu entfernen. Forschungsergebnisse zeigen, dass auch die Filtertechniken einer 4. Klärstufe nicht in der Lage sind, alle unerwünschten Stoffe vollständig aus dem Wasser zu entfernen. Zudem können durch die Filterung neue Abbauprodukte entstehen und in die Gewässer gelangen. Die Techniken einer weiteren Klärstufe sind überdies kostenintensiv, sie betragen pro Jahr 1,2 Milliarden Euro. Würden die Unternehmen der Abwasserwirtschaft verpflichtet, in allen Kläranlagen eine vierte Stufe einzubauen, müssten die Kosten auf die GebührenzahlerInnen umgelegt werden.

Da Kläranlagen also auch mit neuen Techniken nicht alle Stoffe herausfiltern können, müssen wir an der Quelle

ansetzen und das Verursacherprinzip stärken. Die Abwasserwirtschaft ist nicht der Reparaturbetrieb unserer Gesellschaft. Die Hersteller sollten ihrer Verantwortung gerecht werden und für die Finanzierung von technischen Anlagen zur Abwasserentsorgung einen Beitrag leisten. Zur Finanzierung dieser zusätzlichen Maßnahmen schlägt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft einen Fonds vor, in den alle Verursacher der Spurenstoffproblematik – Hersteller und Importeure – einzahlen. Diese ökologisch und ökonomisch effiziente Lösung bietet den Herstellern Anreize, Einträge zu vermeiden oder Innovationen voranzubringen.

Wasserwirtschaft: Hohe Investitionen

Wasserversorger investieren bereits viel, um auch weiterhin eine sichere Versorgung mit Trinkwasser zu garantieren: pro Jahr rund drei Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon, etwa 1,7 Milliarden Euro, werden ins Trinkwassernetz investiert. Das restliche Geld fließt hauptsächlich in Gewinnung, Aufbereitung und Speicherung von Trinkwasser. Für die kommenden Jahre planen die Unternehmen weiterhin Investitionen in dieser Höhe, um auch bei extremen Wetterverhältnissen in Folge des Klimawandels die Trinkwasserversorgung in der gewohnt hohen Qualität sicherstellen zu können.

Foto: Pixabay

Klimawandel: Nur gemeinsam zu meistern

Einige zusätzliche hilfreiche Maßnahmen können dabei helfen, die Folgen des Klimawandels und die damit verbundenen Herausforderungen für die Wasserwirtschaft zu meistern. Verbundnetze in den Regionen können zum Beispiel dazu beitragen, Notlagen auszugleichen. Von regenarmen Ländern wie Israel können wir beispielsweise lernen, wie sich in trockeneren Gebieten Landwirtschaft betreiben lässt, etwa mit der Tröpfchenbewässerung.

Auch bei der Stadtplanung müssen die Wasserressourcen künftig stärker mitbedacht werden. Es braucht Versickerungsflächen, damit das Wasser dezentral in den Boden sickern oder von Pflanzen aufgenommen werden kann. Es dürfen dementsprechend nicht mehr so viele Flächen versiegelt werden, zum Beispiel durch Asphalt oder Bebauung. Die Überflutungsgefahr bei starken Regenfällen steigt, wenn in zugebauten Wohngebieten das Wasser nicht versickern kann. Ackerflächen oder die Begrünung von Dächern und Fassaden könnten da helfen. Hier brauchen wir ein umfassendes Regenwasserkonzept.

Insbesondere während Hitzeperioden und Dürrezeiten kann es zu temporären Nutzungskonflikten um die Wasserressourcen kommen. Dabei muss stets gelten: Trinkwasser hat Vorrang! Die Versorgung für den menschlichen Gebrauch, zum Beispiel als Lebensmittel oder für die Körperhygiene, sollte zu jeder Zeit Priorität haben gegenüber anderen Nutzungen des Wassers, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Trinkwasser ist nicht substituierbar.

> Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des BDEW – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. www.bdew.de